Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 1

Artikel: Ökonomie und Vertrauen in die Zukunft
Autor: Vontobel, Werner
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341663

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ökonomie und Vertrauen in die Zukunft

Niemand braucht in den nächsten paar Monaten ein Auto oder ein Fernsehgerät. Das alte hält es notfalls noch ein Weilchen aus. Niemand lebt nur deshalb ungesund, weil er oder sie im Freien turnt

Werner Vontobel

statt im Fitnessclub. Praktisch niemand in der Schweiz ist mangels Geld unterernährt und es ist bisher kein Fall von Fehlernährung bekannt, der darauf zurückzuführen wäre, dass sich der betreffende preisgünstig zu Hause statt teuer im Restaurant ernährt. Die Alterung der Haut lässt sich mit dem Verzicht auf Zigaretten und Alkohol billiger und erfolgreicher bekämpfen als mit teurer Kosmetika.

Ob konsumiert wird und ob damit die Wirtschaft läuft oder nicht, ist in einer satten Gesellschaft nicht eine Frage der Notwendigkeit oder nicht einmal der Kaufkraft, sondern es ist eine Frage des Vertrauens in die Zukunft. Wir geben heute unser Geld aus, weil und solange wir damit rechnen können, dass wir morgen auch noch Geld verdienen bzw. haben werden.

Dieses Vertrauen zu bewahren, zu schaffen und notfalls wieder herzustellen, ist die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik ausserhalb der Kriegszeiten. Und der Umgang mit diesem Problem ist auch die Scheidelinie zwischen einer rechten und einer linken Wirtschaftspolitik.

Die Rechte geht davon aus, dass das Problem im Prinzip gelöst ist. Sie glaubt daran, dass der Markt, wenn man ihn nur machen lässt, von sich aus das Gleichgewicht wieder herstellt. Niemand muss arbeitslos sein, wenn er oder sie nur bereit ist, die Lohnansprüche genügend tief zu senken, nämlich genau bis zu dem Punkt, wo der Markt wieder sein Gleichgewicht gefunden hat. Wenn es dennoch Arbeitslosigkeit gibt, so kann dies gemäss dieser Theorie nur daran liegen, dass irgendjemand das freie Funktionieren der Marktkräfte verhindert hat.

Die politische Linke hingegen glaubt nicht daran, dass die Kräfte des Marktes immer zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung tendieren. Sie hält es für möglich, dass aus Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen ein Teufelskreis mit immer noch mehr Arbeitslosigkeit und noch tieferen Löhnen entstehen kann. Deshalb fordert sie eine aktive staatliche Konjunkturpolitik, die im wesentlichen aus zwei Instrumenten besteht: aus der Budgetpolitik der Staatshaushalte und aus der Zins- bzw. Geldpolitik der staatlichen Notenbank.

Wer hat nun Recht? Spätestens seit dem Fall der Swissair ist die Antwort klar: Es genügt nicht, den Autopiloten einzuschalten, die Zielwerte Inflation und Budgetdefizit auf null zu stellen und bei Turbulenzen das Tonband mit der Aufforderung zu Flexibilität laufen zu lassen. Wenn die Wirtschaft ins Schlingern gerät, ver-

trauen offenbar nicht einmal diejenigen dem Markt, die dieses Vertrauen in Schönwetterperioden immer predigen – Leute wie Rainer Gut, Marcel Ospel, Andres Leuenberger oder auch FDP-Bundesräte wie Kaspar Villiger oder Pascal Couchepin.

Diese Erkenntnis kommt nicht überraschend. Vertrauen war immer eine Sache von Menschen und nicht von Mechanismus, schon gar nicht von Marktmechanismen, die ohnehin niemand versteht. «Il faut que le pays sache, qu'il est gouverné.» Das Land muss wissen, dass es regiert wird. Mit diesem Satz begründete etwa der liberale Lausanner Wirtschaftsprofessor Jean-Christian Lambelet in den neunziger Jahren ein staatliches Konjunkturprogramm.

Das ist weiterhin richtig. In Krisenzeiten kann das Vertrauen der Konsumenten nur wieder hergestellt werden, wenn die Politik zeigt, dass sie sich um die Wirtschaft kümmert und notfalls selbst für die nötige Nachfrage sorgt. Auf die Dauer reicht es allerdings nicht, dass die Wirtschaftspolitik irgendetwas tut. Sie muss das Richtige tun und zumindest das, was von einer Mehrheit als richtig empfunden wird. Dies wiederum setzt eine politische Diskussion um die richtige Nachfragesteuerung voraus.

In dieser entscheidenden Frage ist die Linke nicht sehr präsent. Im Gegenteil ist es seit einigen Jahren unter Sozialdemokraten und auch in einigen Gewerkschaften (insbesondere im zurückgestutzten «Reformflügel» der SMUV) Mode geworden, sich als die «besseren Unternehmer» darzustellen. Einige haben, als Hotelier in Brig oder als Immobilien-Tycoon in Zürich, sogar versucht, dafür den Tatbeweis anzutreten. Das Debakel der Swissair beweist, dass die modernen Manager der McKinsey-Schule viel Unheil anrichten können, und die Erfolge mit bestimmten Firmen belegen, dass die Linke und die Arbeitnehmerschaft auch auf dem Gebiet der Produktion und des Angebots etwas zu sagen haben. Doch gerade wenn man sich auf dieses Parkett wagt, ist es umso wichtiger, diese angebotstheoretischen Ansätze und ein Konzept zur Steuerung und Förderung der Nachfrage einzubauen. Davon ist jedoch wenig bis nichts zu spüren. Im wirtschaftspolitischen Programm der SP Schweiz zum Beispiel steht den angebotspolitischen Ansätzen (wie Bildungsoffensive, schärfere Wettbewerbspolitik, weniger Staatsausgaben für Militär und Landwirtschaft) kein erkennbares nachfragepolitisches Konzept entgegen. Auch wenn es für alle diese Anliegen – wie erwähnt – gute Gründe gibt, so darf doch nicht vergessen werden, dass durch besser ausgebildete Arbeitskräfte, durch einen schärferen Wettbewerb und durch eine Verlagerung der Produktionskapazitäten in produktivere Tätigkeitsgebiete, als dies die Landesverteidigung und die Bewirtschaftung karger Böden darstellen, die Produktion gesteigert wird – was nur dann etwas nützt, wenn diese zusätzlich auch konsumiert wird.

Je satter eine Wirtschaft wird, desto besser muss die Nachfrage gesteuert werden.

Genau dies ist jedoch nicht selbstverständlich. Siehe oben. Je satter eine Wirtschaft wird, desto besser muss die Nachfrage gesteuert werden. Dies gilt nicht nur wegen der zunehmenden Labilität der Wirtschaft, sondern auch wegen des abnehmenden Grenznutzens eines steigenden Bruttosozialprodukts. Die Glücksforschung hat inzwischen auch empirisch bewiesen, was wir alle längst ahnen: Zusätzliches Bruttosozialprodukt trägt ab einem Kaufkraftniveau von umgerechnet rund 12 000 Franken pro Kopf nur noch wenig bis nichts zur Steigerung des individuellen Wohlbefindens bei.

Ganz anders verhält es sich jedoch mit sozialen Erscheinungen, die mit dem Wachstum des Bruttosozialprodukts und dessen Schwankungen verbunden sind.

So vermindert insbesondere zusätzliche Arbeitslosigkeit erstens die Lebensfreude der direkt Betroffenen und ihrer Angehörigen, zweitens leiden aber auch alle andern darunter, weil auch für sie zumindest die Gefahr, arbeitslos zu werden, zunimmt.

Ökonomie des Glücks

Menschen fühlen sich umso glücklicher, je besser der Sozialstaat ausgebaut ist.

Dank der Ökonomie des Glücks kann man die entgangene Lebensfreude messen bzw. vergleichbar machen. Dabei stellt sich heraus, dass Arbeitslosigkeit die Lebensfreude in etwa gleich stark trübt, wie eine ernsthafte Krankheit, und sie wiegt schwerer als ein sozialer Abstieg vom obersten ins unterste Viertel der Einkommensskala. In Geld ausgedrückt entspricht dies einem Rückgang des Einkommens um rund 40 Prozent.

Doch auch für die nicht direkt betroffene Bevölkerung hat ein Anstieg der Arbeitslosigkeit einen starken Einfluss auf das Wohlbefinden. Der britische Ökonom Andrew Oswald schätzt, dass der mit einer mittleren Rezession normalerweise verbundene Anstieg der Arbeitslosenquote um 1,5 Prozentpunkte das Wohlbefinden selbst dann gleich stark mindern würde wie ein Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens um 3 Prozent, wenn die Rezession selbst das Einkommen nicht beeinflussen würde.

Zählt man die beiden Effekte, den direkten und den indirekten, zusammen und teilt alles durch die Gesamtbevölkerung, so kommt man (bzw. kommt Oswald) auf eine Grössenordnung von mindestens 4 Prozent mehr Bruttosozialprodukt, die es braucht, um 1,5 Prozentpunkte mehr Arbeitslosigkeit aufzuwiegen.

Die politische Erkenntnis daraus wäre, dass sich ein Land ziemlich viel an sozialer Abfederung und an Konjunktursteuerung leisten kann und leisten sollte, auch dann, wenn diese Massnahmen die Effizienz der gesamtwirtschaftlichen Produktion vermindern sollten. Bleibt die Frage, wo denn nun die Wirtschaftspolitik ansetzen muss, um die gewünschte Sicherheit vor den unerwünschten Auswirkungen konjunktureller Schwankungen zu gewährleisten.

Eine Antwort darauf heisst ganz klar: Sozialstaat. Oswalds Untersuchungen bestätigen die Vermutung, dass sich die Menschen umso glücklicher fühlen, je besser der Sozialstaat ausgebaut ist. Schon der kleine Unterschied zwischen Irland (wo die Arbeitslosen mit 28 Prozent eines Durchschnittslohns entschädigt werden) und Frankreich, wo diese Quote 31 Prozent beträgt, ist den Leuten rund 2,5 Prozent ihres Bruttosozialprodukts wert. Mit andern Worten: Der Ausbau des Sozialstaats kann auch dann im Gesamtinteresse liegen, wenn er – wie die Kritiker behaupten – mit einer leichten Wachstumseinbusse verbunden wäre. Überdies zeigt zumindest die langjährige Erfahrung der Nachkriegsjahre, dass Staaten mit einem gut ausgebauten Wohlfahrtssystem eher weniger Arbeitslosigkeit haben.

Dass die USA seit 1993 punkto Arbeitslosigkeit besser dastehen als die EU-Staaten, dürfte einer der vielen Belege dafür sein, dass der beste Sozialstaat immer noch eine gute Nachfragepolitik ist. Zwar ist es immer gut, Arbeitslosigkeit und andere Wechselfälle des Lebens sozial abzusichern. Noch besser ist es aber, Arbeitslosigkeit im vornherein zu verhindern. (Wie die Glücksforschung zeigt, kann die soziale Isolation, die mit Arbeitslosigkeit verbunden ist, auch mit viel Geld nur sehr unvollständig kompensiert werden.)

Dass eine aktive staatliche Nachfragesteuerung überhaupt notwendig ist, hängt mit dem Marktversagen zusammen bzw. mit der Erkenntnis, dass der freie Wettbewerb allein eben nicht automatisch zum

Gleichgewicht führt. Vor allem die zwei wichtigsten Märkte neigen bedenklich zum Ungleichgewicht: der Arbeitsmarkt und der Kapitalmarkt. Hier muss die Politik ansetzen.

Kapitalmarkt

In der reinen Theorie wird der Kapitalmarkt dadurch im Gleichgewicht gehalten, dass die Zinsen sinken, sobald die Nachfrage nach Investitionsgütern nachlässt bzw. sobald zuviel gespart wird. In der Praxis geschieht dies jedoch nicht. Schuld daran ist vor allem die Tatsache, dass Kapitalmärkte Occasionsmärkte sind, weil auf ihnen zu 99 Prozent bereits vorhandene Schulden und Beteiligungen (Obligationen und Aktien) gehandelt werden. So sind etwa im Verlaufe der neunziger Jahre die Investitionen in der Schweiz um rund 15 Prozent zurückgegangen und dennoch sind die Renditeerwartungen des Kapitalmarktes gestiegen, weil eine Verdreifachung der Unternehmensgewinne zu einem Run auf die Aktien mit einem entsprechenden Börsenrallye geführt hatte.

Daneben gibt es noch viele andere Gründe, warum ein immer globalerer Kapitalmarkt die Tendenz hat, Krisen zu verschärfen, statt Gleichgewichte wieder herzustellen. Einer davon ist die zunehmende Tendenz der Finanzinstitute, Risiken zu vermeiden und sie auf ein schlecht informiertes Publikum abzuwälzen. Ein Beispiel dafür ist die IPO-Euphorie der späten neunziger Jahre. Weitere Beispiele sind die immer häufigeren, aber für die Industrieländer immer glimpflicheren Finanzkrisen in den so genannten Schwellenländern. Sie hingen fast alle damit zusammen, dass die Finanzprofis aus Angst vor echten Risiken ihr Geld immer nur kurzfristig anlegen und beim kleinsten Anzeichen von Unsicherheit kollektiv zurückziehen. Auch der Fall der Swissair passt übrigens nicht schlecht in dieses Grundmuster.

Welche politischen Forderungen ergeben sich daraus? Zum einen muss die Geldpolitik der Nationalbank ganz klar in den Dienst der makroökonomischen Stabilität gestellt werden. Konkret bedeutet dies, dass die Nationalbank einen Zins ansteuern muss, der in etwa den nominalen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts entspricht. Notfalls müssen die Zinsen sogar negativ werden, wie dies die US-Zentralbank 1992 vorexerziert hat.

Zweitens muss zwingend dafür gesorgt werden, dass zwischen den Banken genügend Wettbewerb herrscht. Nur so gibt es eine vernünftige Chance, dass die Zinssenkungen der Nationalbank auch an die Kreditnehmer weitergegeben werden. Zurzeit sind in der Schweiz diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben. Die Schweiz hat einen der am meisten konzentrierten Bankenmärkte der westlichen Industrieländer.

Drittens muss der Staat im Falle von grösseren Infrastrukturaufgaben selbst aktiv werden. Der heutige, risikoscheue Kapitalmarkt bietet keine hinreichende Gewähr dafür, dass grössere, längerfristig angelegte Infrastrukturaufgaben finanziert werden können. Die Gotthardbahn könnte heute nicht mehr gebaut werden und die neue Crossair wäre vom Kapitalmarkt wohl auch dann nicht finanziert worden, wenn deren spätere Rentabilität zu 99 Prozent garantiert worden wäre.

Viertens: Die Politik muss alle Bemühungen unterstützen, die geeignet erscheinen, dem Kapitalmarkt ein moralisches und soziales Gewissen zurückzugeben. Insbesondere sind die Pensionskassen aufgefordert, ihr Geld nur in sozial, ethisch und ökologisch unbedenkliche Unternehmen zu investieren.

Die Politik muss alle Bemühungen unterstützen, dem Kapitalmarkt ein moralisches und soziales Gewissen zurückzugeben.

Arbeitsmarkt

Die grosse Quelle der Instabilität einer modernen Wirtschaft ist der Arbeitsmarkt.

Hier müssen Millionen von Menschen gleichzeitig Arbeit, Konsum und Freizeit optimieren, und zwar während des ganzen Lebens. Viele haben sogar den Wunsch, spätere Generationen auch noch in ihre Planung einzubeziehen. Es braucht nur bescheidene Kenntnisse der Mathematik, um zu erahnen, dass ein solcher Optimierungsprozess keinerlei Chance hat, nicht im Chaos und Ungleichgewicht zu enden, wenn nicht ein grosses Mass an kollektiver Steuerung vorhanden ist.

Nachfrage nach Freizeit und ihre Gestaltung ist ein kollektiver Prozess, der politisch gesteuert werden muss.

Auch rein intuitiv wird schnell klar, warum der Arbeitsmarkt von einem ständigen Überangebot bedroht ist: Angesichts des hohen Standards unserer Produktionstechnologie reichen rund 50 000 Arbeitsstunden aus, um ein Leben von 600 000 Stunden angenehm zu gestalten. Das sieht aus wie ein Leben in Saus und Braus; doch die Sache ist nicht so einfach. Jeder einzelne muss damit rechnen, 700 000 oder gar 800 000 Stunden am Leben zu bleiben. Dann reichen 50 000 Arbeitsstunden vielleicht nicht. Und selbst wenn ich mit 45 Jahren schon 45 000 Stunden geleistet und die entsprechenden Guthaben für das Alter angehäuft habe, wer garantiert mir, dass ich übermorgen noch Arbeit kriege und nicht arbeitslos oder krank werde?

Kurz, es braucht nicht allzu viel Lebenserfahrung, um zu erkennen, dass umso mehr Arbeit angeboten und umso weniger konsumiert wird, je grösser die Unsicherheit ist. Der Arbeitsmarkt neigt also ständig zu einem Überangebot an Arbeitskräften und zur Arbeitslosigkeit. Die für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und für die Optimierung des individuellen Glücks unbedingt notwendige Nachfrage nach Freizeit stellt sich nur dann einigermassen ein, wenn die Wirtschaftsteilnehmer gegen die Wechselfälle des Lebens weitgehend abgesichert sind.

Dazu kommt noch ein weiteres Problem: Freizeit wird nur nachgefragt, wenn es ein soziales Leben nach der Arbeit gibt. Nur wenige Leute verbringen ihre Freizeit gerne allein. Nachfrage nach Freizeit und ihre Gestaltung ist somit ein kollektiver Prozess, der politisch gesteuert werden muss.

Die Möglichkeiten, diesen Prozess hin zu einer Freizeitgesellschaft zu fördern, sind zahlreich. Sie reichen von der Unterstützung individueller Bildungsangebote bis zur national eingeführten 39-, 38- oder gar 35-Stunden-Woche.

Ein naheliegender Ansatz erscheint jedoch besonders vielversprechend, weil er auf zweifache Weise wirkt. Die Rede ist hier vom «Modell VW». Allgemeiner ausgedrückt geht es dabei darum, die Arbeit dann zu verkürzen, wenn sie aufgrund der abnehmenden Nachfrage oder des technologischen Fortschritts weniger wird, und sie auf mehr Schultern zu verteilen. Dabei wird zumindest ein Teil der eingesparten Arbeitslosenversicherungsgelder dazu verwendet, einen Teil des Verdienstausfalls vorübergehend zu kompensieren.

Dieses Modell wirkt erstens als Risikoschutz. Die Gefahr, in Folge eines wirtschaftlichen Abschwungs die Stelle zu verlieren, wird kleiner bzw. reduziert sich auf die Gefahr, vorübergehend weniger zur verdienen. Diese Gewissheit allein kann verhindern, dass sich ein Abschwung zur Krise ausweitet.

Zweitens führt das Modell erfahrungsgemäss auch dazu, dass die Betroffenen auf den Geschmack kommen: Die Arbeitnehmer machen die Erfahrung, dass 10 Prozent mehr Freizeit gegen 10 Prozent weniger Lohn ein lohnendes Geschäft sein kann. Die Betriebe machen die Erfahrung, dass Arbeit auch anders und flexibler organisiert werden kann. Und die lokalen Politikern lernen, wie man Schlafstädte zum Leben erweckt bzw. wie man

eine Gesellschaft mit mehr Freizeit organisiert.

Niemand braucht in den nächsten Wochen dringend ein neues Fernsehgerät oder ein neues Auto, und fast niemand lebt besser, wenn das zusätzliche Auto in der Garage und der grössere Fernseher in der Stube steht. Doch fast alle könnten ihren Lebensgenuss mit einer besseren Mischung von Freizeit und bezahlter Arbeit sowie mit einer besseren Qualität der Arbeit und der Freizeit erheblich verbessern. Dies ist die grosse Herausforderung der Wirtschaftspolitik.

Werner Vontobel ist Ökonom und Mitglied der Geschäftsleitung der Wirtschaftszeitschrift «Cash», Zürich.